

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe (17. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Jürgen Braun, Martin Sichert, Marcus Bühl,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/5368 –

Einführung eines Internationalen Tages gegen die Christenverfolgung

A. Problem

Die antragstellende Fraktion weist in ihrem Antrag darauf hin, dass Christen die weltweit am stärksten verfolgte Religionsgruppe seien und die Intensität der Christenverfolgung weltweit jährlich zunehme. Mehr als 360 Millionen Christen seien aufgrund ihres Glaubens intensiver Verfolgung und Diskriminierung ausgesetzt. Die Bundesregierung könne mit einem internationalen Tag gegen die Christenverfolgung, propagiert durch die Vereinten Nationen, die Initiative übernehmen, diesem Trend Einhalt zu gebieten. Die Antragsteller fordern die Bundesregierung auf, die weltweite Christenverfolgung als brennendes Problem konsequent zu benennen und zu ächten, in diplomatischen Gesprächen darauf hinzuwirken, dass ein internationaler Tag der Bekämpfung der Christenfeindlichkeit etabliert werde und hierfür den 15. Februar vorzuschlagen sowie die besondere Bedeutung des Christentums für die deutsche und die westliche Kultur herauszustellen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/5368 abzulehnen.

Berlin, den 11. Oktober 2023

Der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Renata Alt
Vorsitzende

Falko Droßmann
Berichterstatter

Michael Brand (Fulda)
Berichterstatter

Boris Mijatović
Berichterstatter

Peter Heidt
Berichterstatter

Jürgen Braun
Berichterstatter

Zaklin Nastic
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Falko Droßmann, Michael Brand (Fulda), Boris Mijatović, Peter Heidt, Jürgen Braun und Zaklin Nastic

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 20/5368** in seiner 83. Sitzung am 27. Januar 2023 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe überwiesen. Außerdem hat er ihn zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss sowie an den Ausschuss für Kultur und Medien überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die antragstellende Fraktion weist darauf hin, dass Christen die weltweit am stärksten verfolgte Religionsgruppe seien. Die Intensität der Christenverfolgung nehme weltweit jedes Jahr zu. Mehr als 360 Millionen Christen seien ausdrücklich aufgrund ihres Glaubens intensiver Verfolgung und Diskriminierung ausgesetzt. Laut den Berichten der Hilfsorganisation Open Doors würden allein in 50 Ländern 312 Millionen der dort lebenden 737 Millionen Christen verfolgt, das seien mehr als 42 %. Nach dem Attentat von Christchurch/Neuseeland, wo ein Mann am 15. März 2019 aus religionsfeindlichen Motiven 51 Muslime in zwei Moscheen getötet habe, erklärten die Vereinten Nationen zwei Jahre später diesen Tag zum Internationalen Tag gegen die Islamfeindlichkeit. Ein solcher Tag für die verfolgten Christen sei überfällig, sowohl was die Zahl der Verfolgten betreffe als auch die Zahl der Getöteten. In den letzten elf Jahren seien dies über 900 Christen bei den zwölf schwersten Anschlägen gewesen. Jedes Mal sollten dezidiert Christen aufgrund ihres Glaubens getötet werden. Zuletzt seien es Anfang Juli 2022 50 Christen in einer Kirche in Nigeria gewesen, die islamischen Terroristen zum Opfer fielen. Die Terroranschläge seien die sichtbaren Auswüchse einer Tendenz der allgemeinen Abwertung des Christentums. Die Zerstörungen von Kirchen, die Störung von Gottesdiensten, die Bezeichnung „Schweinefleischfresser“ als Schimpfwort für Christen seien weitere Erscheinungen.

Die Bundesregierung könne mit einem internationalen Tag gegen die Christenfeindlichkeit, propagiert von den Vereinten Nationen, die Initiative übernehmen, diesem Trend Einhalt zu gebieten. Der 15. Februar sei für den Aktionstag besonders geeignet, weil an dem Tag der Islamische Staat ein Video mit der Enthauptung von 21 koptischen Christen veröffentlicht habe, die sich alle als Wanderarbeiter in Libyen befunden hätten und dort islamischen Terroristen in die Hände fielen.

Die Antragsteller fordern die Bundesregierung dazu auf, die weltweite Christenverfolgung als brennendes Problem konsequent zu benennen und zu ächten, in diplomatischen Gesprächen darauf hinzuwirken, dass ein internationaler Tag der Bekämpfung der Christenfeindlichkeit etabliert werde und hierfür den 15. Februar für diesen Tag vorzuschlagen sowie die besondere Bedeutung des Christentums für die deutsche und die westliche Kultur herauszustellen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat in seiner 48. Sitzung am 11. Oktober 2023 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD beschlossen zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 20/5368 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat in seiner 43. Sitzung am 11. Oktober 2023 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD beschlossen zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 20/5368 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe hat in seiner 47. Sitzung am 11. Oktober 2023 die Beratung über den Antrag auf Drucksache 20/5368 aufgenommen und abgeschlossen. Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD den Antrag auf Drucksache 20/5368 abzulehnen.

Die **Fraktion der SPD** kritisiert, dass sich der Antrag nicht gegen die Christenverfolgung, sondern gegen den Islam richte. Der größte Gegner des Christentums und seiner Werte sei die AfD. Die Fraktion verweist auf die Rede des Abgeordneten Falko Droßmann vom 27. Januar 2023, die sich detailliert mit dem Antrag inhaltlich auseinandergesetzt habe.

Die **Fraktion der CDU/CSU** betont, dass es der Fraktion der AfD in diesem Antrag lediglich um gezielte Instrumentalisierung von Religion und Christentum gehe. Gerade die Fraktion der CDU/CSU thematisiere seit Jahren und kontinuierlich die Lage der aus religiösen Gründen weltweit größten verfolgten Gruppe, die Christen, und starte immer wieder konkrete Initiativen zum Schutz von verfolgten Christen, als andere Fraktionen beim Thema Christenverfolgung weggeschaut haben. Der Einsatz für Christen ist nach Auffassung der CDU/CSU exemplarisch und nicht exklusiv. Aus dieser Überzeugung setze man sich weltweit für Religionsfreiheit als zentrales Menschenrecht ein. Auf Initiative der CDU/CSU wurde der Beauftragte der Bundesregierung auf weltweite Religionsfreiheit neu eingeführt, der regelmäßig einen Bericht erstellt und Empfehlungen für die Regierungspolitik erarbeitet. Die CDU/CSU kritisiert, dass Kulturstaatsministerin Roth entschieden hat, an der Außenfassade des Humboldt-Forums in Berlin ein Bibelzitat zu verhängen und das Auswärtige Amt beim G7-Treffen 2022 in Münster ein jahrhundertaltes Kreuz aus dem Sitzungssaal entfernen ließ. Das setze falsche Signale. Religion sei eine Angelegenheit, die jeder für sich selbst frei wähle und entscheide. Eine überwiegend konfessionslose Fraktion wie die AfD habe nicht überraschend übersehen, dass Christen weltweit den Stephanustag am 26. Dezember dafür nutzen, um an verfolgte Christen zu erinnern, zu beten und dazu aufrufen sie zu schützen. Ebenfalls verweist die Fraktion auf den 22. August, an dem nunmehr bereits seit fünf Jahren den Opfern von Gewalttaten aus Gründen der Religion oder des Glaubens gedacht werde. Es sei notwendig, die Verfolgung von Christen kontinuierlich in den Fokus zu nehmen und auch die Verfolgung von Angehörigen anderer Religionen. Die Bundesregierung müsse das Thema ernster nehmen, auch die friedensstiftende Wirkung von Religionen. Die CDU/CSU fordert, den inzwischen überfälligen Bericht zur weltweiten Lage der Religionsfreiheit des Beauftragten der Bundesregierung für weltweite Religions- und Weltanschauungsfreiheit zeitnah vorzulegen und im Plenum des Deutschen Bundestages zu debattieren.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** lehnt den Antrag ab, den sie als unterkomplex für dieses wichtige Thema erachte. Stattdessen werde die Islamfeindlichkeit des Antrages deutlich, was auch an der Begründung des gewählten Datums für den Gedenktag sichtbar werde.

Die **Fraktion der FDP** schließt sich der vorherigen Kritik an und betont, dass die Position des Beauftragten der Bundesregierung für weltweite Religions- und Weltanschauungsfreiheit aufgrund der Wichtigkeit des Themas bewusst erneut besetzt worden sei. Die Ausübung der Religion sei ein hohes Gut und solle geschützt werden. Dieser Antrag sei jedoch gegen den Islam gerichtet und deshalb abzulehnen.

Die **Fraktion der AfD** erwidert, dass das Datum für den Gedenktag bewusst offen gelassen worden sei, der 15. Februar sich jedoch anböte, weil er für eine besonders drastische und schreckliche Tat gegen die koptischen Christen stehe. Es gehe um die Anerkennung der besonderen Verfolgung, der die Christen ausgesetzt seien.

Die **Fraktion DIE LINKE.** weist darauf hin, dass die Forderung nach einem internationalen Gedenktag obsolet sei, weil es mit dem 22. August bereits den Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer von Gewalthandlungen aufgrund der Religion oder der Weltanschauung gebe. Die Art des Ausspielens der Religionen gegeneinander in diesem Antrag lehnt die Fraktion DIE LINKE. ab. Der Bezug auf das Christentum in diesem Antrag verfolge lediglich politisch motivierte Zwecke und werde deshalb von der Fraktion DIE LINKE. abgelehnt.

Berlin, den 11. Oktober 2023

Falko Droßmann
Berichterstatter

Michael Brand (Fulda)
Berichterstatter

Boris Mijatović
Berichterstatter

Peter Heidt
Berichterstatter

Jürgen Braun
Berichterstatter

Zaklin Nastic
Berichterstatterin

